

Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu "Mit der Mietpreisbremse langfristig stabile und bezahlbare Mieten sicherstellen" (Drucksache 20/2846)

Für bezahlbares Wohnen in Schleswig-Holstein braucht es das Zusammenspiel einer Vielzahl von Maßnahmen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass der Landtag und die Landesregierung in der 20. Wahlperiode bereits mit einer Vielzahl von Initiativen darauf hinwirken, dass Wohnen für alle Menschen in Schleswig-Holstein wieder bezahlbarer wird.

Mit der Wiedereinführung einer Kappungsgrenzenverordnung werden mehr Mieterinnen und Mieter als je zuvor unter den Schutz der Kappungsgrenze von 15 Prozent gestellt. Die Einführung einer Mietpreisbremse ist nicht geplant.

Durch die Einführung des Wohnraumschutzgesetzes haben Gemeinden erstmals Instrumente erhalten, um Mindeststandards von Wohnraum durchzusetzen sowie Zweckentfremdungen und Leerstand einzudämmen.

Der soziale Wohnungsbau wurde mit Landesmitteln in Höhe von 1,2 Milliarden Euro in der Förderperiode 2023 – 2026 auf ein Rekordniveau gebracht. Dadurch wurden bis heute bereits über 4.000 neue geförderte Wohnungen geschaffen. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich auch im Jahre 2025 mit 2.000 neuen Wohneinheiten fortsetzen. Mit der Einführung des Regelstandards Erleichtertes Bauen in der Wohnraumförderung hat die Landesregierung zudem einen Weg

Drucksache 20/2891

aufgezeigt, wie der Wohnungsbau preisbewusster ausgestaltet werden kann, ohne auf Wohnqualität zu verzichten.

Auch zukünftig werden weitere Maßnahmen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum notwendig sein, wie zum Beispiel die Aufstockung von Gebäuden zu erleichtern oder die Umwandlung von Gewerbe- und Büroräumen von Wohnungen.

Vor diesem Hintergrund bekräftigt der Landtag sein Engagement für unbürokratische Maßnahmen zur Wohnraumschaffung.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, den eingeschlagenen Weg im sozialen Wohnungsbau fortzuführen.

Michel Deckmann und Fraktion

Bina Braun und Fraktion